

ANTRAG

Zutreffendes bitte ankreuzen

auf Erteilung einer Erlaubnis nach § 12 Abs. 1 Gaststättengesetzes (**Gestattung**) zur vorübergehenden Ausübung einer Schankwirtschaft mit Ausschank von alkoholfreien alkoholischen Getränken: einer Speisewirtschaft mit folgenden Speisen:

1. Personalien der Antragstellerin oder des Antragstellers bzw. der Vertreterin oder des Vertreters der juristischen Person oder des nichtrechtsfähigen Vereins

(Bei mehreren Antragstellerinnen oder Antragstellern bzw. Vertretungsberechtigten ist Nummer 1 dieses Antrages für jede Person auszufüllen)

Name: Geburtsname (falls dieser vom Familiennamen abweicht):

Vorname(n): Geburtstag u. -ort :

Wohnsitz:

Bei Antragstellung für juristische Personen/Gesellschaften/nichtrechtsfähige Vereine:

Firma/Vereinsname :

Betriebssitz:

eingetragen im Handelsregister/Genossenschaftsregister beim Amtsgericht in

am unter Nummer (Auszug aus dem Register beifügen)

Ist ein Strafverfahren anhängig? Ja Nein

Ist ein Bußgeldverfahren wegen Verstößen in Zusammenhang mit einer gewerblichen Tätigkeit anhängig? Ja Nein

Ist ein Gewerbeuntersagungsverfahren nach § 35 Gewerbeordnung anhängig? Ja Nein

Unterrichtungsnachweis nach § 4 Abs. 1 Nr. 4 Gaststättengesetz liegt bei wird nachgereicht

2. Angaben zu Betriebszeit und – ort

Die Gestattung wird beantragt für den Zeitraum (Tag/Uhrzeit Beginn und Ende)

.....
.....

Der beabsichtigten Gastronomie liegt folgender besonderer Anlass zugrunde:

.....

Genauere Ortsangabe (ggf. Lageskizze als Anlage beifügen):

.....

Sondernutzungserlaubnis liegt vor ist beantragt bei

3. Angaben zum Betrieb

Ist die Beschäftigung von Mitarbeiterinnen / Mitarbeitern vorgesehen? Ja Nein

Toilettenanlagen (für Schank- und Speisewirtschaft mit angebotener Sitzgelegenheit oder bei Ausschank von alkoholischen Getränken) für Gäste: für Damen: für Herren:

Genauere Ortsangabe der Toilettenanlagen (ggfs. Lageskizze als Anlage beifügen)

Ich/Wir versichere/versichern die Richtigkeit der vorstehenden Angaben. Mir/Uns ist bekannt, dass bewusst falsch gemachte Angaben zur Versagung der beantragten Erlaubnis oder zum Widerruf der bereits erteilten Erlaubnis führen können. Die Hinweise über die Verarbeitung personenbezogener Daten habe ich/haben wir zur Kenntnis genommen.

.....

.....

Ort, Datum

Unterschrift Antragstellerin/Antragsteller

Hinweise zur Verarbeitung personenbezogener Daten im gaststättenrechtlichen Konzessionsverfahren nach § 10 Abs. 2 Landesdatenschutzgesetz

Rechtsgrundlage und Zweck der Datenerhebung:

Wer vorübergehend aus besonderem Anlass ein Gaststättengewerbe im Sinne des Gaststättengesetzes (GastG) betreiben will, bedarf einer jederzeit widerrufbaren Erlaubnis nach § 12 Abs. 1 GastG (Gestattung). Die mit dem Antragsvordruck erhobenen Daten dienen ausschließlich der Feststellung der persönlichen Zuverlässigkeit der Antragstellerin oder des Antragstellers, der Antragsberechtigung, der Beurteilung der Eignung der für den Betrieb vorgesehenen Räume sowie der Überwachung der Gewerbeausübung. Die personenbezogenen Daten werden nach den Vorschriften des § 11 der Gewerbeordnung in Verbindung mit § 31 des Gaststättengesetzes erhoben und verarbeitet.

Weiterverarbeitung der Daten im gaststättenrechtlichen Verfahren:

Antragstellerinnen oder Antragsteller haben grundsätzlich selbst die für das unter erleichterten Voraussetzungen durchzuführende Antragsverfahren erforderlichen Angaben zu machen und die notwendigen Unterlagen beizubringen. Ist die Beteiligung weiterer Stellen für das Antragsverfahren erforderlich, so wird die Antragstellerin oder der Antragsteller darüber unterrichtet.

Nach Abschluss des Verfahrens wird dem zuständigen Finanzamt eine Zweitschritt ohne Anlagen übersandt. Auf die Einhaltung der steuerlichen Aufzeichnungs- und Erklärungspflichten in diesen Fällen wird hiermit hingewiesen (Mitteilungsverordnung vom 7. September 1993 - BGBl. I S. 1554).